



IRex:RESEARCH

Working Paper #6 | 12.08.2026

Die wirtschafts- und sozialpolitische Positionierung der AfD. Datenauswertung für das ARD-Magazin Panorama.

Dr. Floris Biskamp

Zusammenfassung

Das Working Paper analysiert die wirtschafts- und sozialpolitische Positionierung der AfD im deutschen Parteiensystem mittels fünf verschiedener Zugänge: 1. einer qualitativen Inhaltsanalyse der insgesamt zehn bundesweiten Programme der AfD seit 2013, 2. einer quantitativen Auswertung der Bundestagswahlprogramme aller relevanten deutschen Parteien seit 2013 basierend auf Daten des Manifesto Project, 3. einer Auswertung der Antworten der Parteien für den Wahl-O-Mat zu allen Bundestagswahlen seit 2013, 4. der Expert:innenbefragung Chapel Hill Expert Survey (CHES) und 5. der Einschätzungen der Wahlberechtigten im German Longitudinal Election Survey (GLES). In der Gesamtbetrachtung ergibt sich bei nur geringfügigen Abweichungen ein konsistentes Bild. Das deutsche Parteiensystem weist in Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik eine im Zeitverlauf stabile Zweiteilung in Links und Rechts auf. Auf der einen Seite stehen SPD, Grüne, Die Linke und zuletzt das BSW für eine eher redistributiv-interventionistisch-sozialprotektionistische Politik, auf der anderen Seite stehen CDU/CSU, FDP und AfD für eine eher marktliberal-unternehmensfreundlich-fiskalkonservative Politik. Zwar mäßigte die AfD ihren extremen Marktliberalismus der Anfangsjahre zwischenzeitlich ein wenig, spitzte ihn jedoch zuletzt wieder zu. Der Mehrzahl der Auswertungen zufolge steht sie insgesamt näher an der FDP als an der Union. Einzig in der Rentenpolitik stellt die AfD eine Ausweitung sozialer Sicherung in Aussicht. In der Steuer- und Finanzpolitik, der Arbeitsmarktpolitik und im wirtschafts- und sozialpolitischen Leitbild überwiegen dagegen der Marktliberalismus und im Effekt die Umverteilung von unten nach oben. Damit bestätigt das vorliegende Working Paper das bekannte „AfD-Paradox“ (Fratzscher): Die AfD steht für eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die ihren eigenen Wähler:innen ökonomisch mehr schaden als nutzen würde. Die Analyse von Wähler:innendaten spitzt das Paradox zu: Die AfD-Wähler:innen wissen um die entsprechenden Positionen ihrer Partei und befürworten diese. Wenn andere Parteien diese Wähler:innen durch linke Sozialpolitik mobilisieren wollten, müssten sie sie zunächst davon überzeugen, dass wohlfahrtsstaatliche Umverteilung und Sicherung überhaupt etwas Wünschenswertes sind, von dem die Wähler:innen selbst profitieren würden.

1. Die Einordnung wirtschafts- und sozialpolitischer Positionen

Die AfD ist seit Frühjahr 2026 die stärkste Partei in bundesweiten Umfragen. Eine Regierungsbeteiligung auf Landes- und mittelfristig auch auf Bundesebene scheint nicht mehr ausgeschlossen. Das verleiht der Frage, für welche Positionen die Rechtsaußenpartei steht, besondere Dringlichkeit. Während die allgemeine Radikalisierung der AfD und ihre Positionen in Fragen von Migrations- oder Geschlechterpolitik weithin bekannt sind, besteht bezüglich ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Position eine gewisse Unklarheit. Die deutliche Mehrheit der Forschungsliteratur ordnet die AfD als marktliberal ein (Barthel, 2024; Becker et al., 2019; Diermeier, 2020; Dietl, 2018; Flecker et al., 2019; Fratzscher, 2023). Einzelne Stimmen in Publizistik und Wissenschaft vertreten jedoch eine gegenteilige Position, der zufolge die Partei im Zuge ihrer allgemeinen Radikalisierung „ökonomisch nach links“ gerückt sei und nun innerhalb der nationalen Gemeinschaft Umverteilung und soziale Sicherung befürworte – dasselbe gelte für andere Rechtsaußenparteien in Europa (Lau, 2023; Manow, 2026, S. 48–50, 160–161; Zitelmann, 2023). Im vorliegenden Text soll die Frage nach der wirtschafts- und sozialpolitischen Position der Partei auf Grundlage empirischer Daten beantwortet werden.

Wie in der Politikwissenschaft gängig, betrachte ich dafür die ökonomischen Positionen von Parteien als ein lineares Spektrum, das sich zwischen zwei Polen erstreckt. Am einen Ende stehen Positionen, die ich als *redistributiv-interventionistisch-sozialprotektionistisch* bezeichne, umgangssprachlich ist oft von „ökonomisch linken“ Positionen die Rede. Die Vertreter:innen dieser Positionen betrachten ökonomische Ungleichheit als Problem und wollen sie durch eine Politik von Solidarität und Umverteilung mindern oder abschaffen. Sie wünschen sich staatliches Handeln, das nicht auf Wettbewerbspolitik beschränkt bleibt, sondern Produktion und Verteilung aktiv gestaltet. Sie stehen für ein höheres Niveau sozialer Sicherung ein, wollen die Position von Arbeitnehmer:innen gegenüber Unternehmen stärken und sind bereit, für entsprechende Maßnahmen höhere Steuern und Abgaben sowie öffentliche Verschuldung zu akzeptieren. Am anderen Ende des Spektrums stehen Positionen, die ich als *marktliberal-unternehmensfreundlich-fiskalkonservativ* bezeichne und die umgangssprachlich oft „ökonomisch rechts“ genannt werden. Ihre Vertreter:innen sind der Ansicht, dass die Wirtschaft durch Markt und Wettbewerb bestimmt sein soll. Auf dem Markt entstehende Ungleichheiten gelten ihnen (in gewissem Maße) als gerecht und wünschenswert. Sie wollen die ökonomische Aktivität des Staats auf eine Ordnungs- bzw. Wettbewerbspolitik begrenzt sehen, die ein effektives Wirken der Marktkräfte gewährleistet. Produktion und Verteilung sollen ohne politische Einmischung durch den Markt selbst bestimmt werden, der am besten darin sei, wirtschaftliche Ziele zu definieren und die optimalen Wege zu ihrer Erreichung zu finden. Unternehmen sollen von Regulierungen und Belastungen befreit, Steuern, Abgaben und öffentliche Verschuldung so niedrig wie möglich gehalten werden, wofür auch ein niedrigeres Niveau sozialer Sicherung hingenommen wird.

Dieses Schema zur Bestimmung wirtschafts- und sozialpolitischer Positionen lässt explizit die Möglichkeit offen, dass rechte und auch rechtsextreme Parteien am „ökonomisch linken“, also redistributiv-interventionistisch-sozialprotektionistischen Pol stehen – zum Beispiel, weil sie Kapitalismus als eine zersetzende Kraft betrachten, gegen die traditionelle Lebensformen und nationale Gemeinschaften durch einen ökonomisch starken Staat verteidigt werden sollen. Ob die AfD eine solche ethnisch exklusive, aber „ökonomisch linke“ Position bezieht oder ob sie dem in der deutschen Rechten üblichen ordoliberalen Marktliberalismus folgt, ist eine empirische Frage, zu deren Klärung dieser Text beitragen soll.

Hierfür bestimme ich die wirtschafts- und sozialpolitische Position der AfD mittels fünf Auswertungsarten. Jede einzelne von ihnen hat eigene Vor- und Nachteile, in der Zusammenschau schaffen sie

jedoch ein Bild, das kohärent ist und als gut abgesichert gelten kann: In der wirtschafts- und sozialpolitischen Positionierung der AfD überwiegt die Kontinuität. Zwar schwächt die Partei den extremen Marktliberalismus ihrer ersten Jahre im Lauf der Zeit etwas ab, insgesamt bleibt sie aber eine marktliberale Partei, die sich wirtschafts- und sozialpolitisch in der Nähe von CDU/CSU und FDP bewegt – den meisten Auswertungsarten zufolge mit einer größeren Nähe zur FDP.¹

2. Ansatz 1: Qualitative Auswertung der Wahlprogramme

Eine naheliegende Weise, die Position einer Partei zu bestimmen, ist die Analyse ihrer Wahlprogramme. Der große Vorteil dieser Datenquelle besteht darin, dass Parteien ihre Programme in einem verbindlichen innerparteilichen Entscheidungsprozess beschließen. Diese stellen somit die offizielle Position der Partei dar – im Gegensatz zu Äußerungen einzelner Parteifunktionär:innen, bei denen es sich mitunter um bloße Einzelmeinungen handelt, die sich der Gesamtpartei nur bedingt zurechnen lassen. Das detaillierteste Verständnis der Parteiposition ermöglicht zunächst eine qualitativ-inhaltsanalytische Untersuchung.

Seit ihrer Gründung 2013 hat die AfD insgesamt zehn bundesweite Programme beschlossen: vier Bundestagswahlprogramme (AfD, 2013, 2017, 2021, 2025), drei Europawahlprogramme (AfD, 2014a, 2019, 2023) und drei von Wahlen unabhängige Programme (AfD, 2014b, 2016, 2020). Diese zehn Dokumente habe ich für fünf Bereiche ausgewertet: wirtschafts- und sozialpolitisches Leitbild, Steuer- und Finanzpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Rentenpolitik und Gefährdungsdarstellungen. Ich beschränke mich im vorliegenden Text auf eine Zusammenfassung der wichtigsten Befunde – eine etwas ausführlichere Analyse ist an anderer Stelle publiziert (Biskamp, 2026), eine deutlich detailliertere Analyse erscheint 2027 (Biskamp, 2027).

Blickt man auf das in den Programmen artikulierte *wirtschafts- und sozialpolitische Leitbild*, überwiegt die Kontinuität. Die AfD bekennt sich wie fast alle Parteien in Deutschland zur „sozialen Marktwirtschaft“,² interpretiert dieses Konzept aber in ausgesprochen marktliberaler Weise. Wohlstand verspricht sie sich vor allem von einem möglichst ungehinderten Wirken von Markt und Wettbewerb. Der Staat soll sich auf das Schaffen eines Ordnungsrahmens beschränken, innerhalb dessen sich die Marktkräfte effektiv entfalten können. Dies ist ein typisches Motiv für die deutsche Rechte im Allgemeinen und die AfD im Besonderen prägenden ordoliberalen Tradition, einer deutschen Spielart des Neoliberalismus.³ Die Partei befürwortet zwar soziale Sicherung für ohne eigenes Verschulden in Notlagen geratene Personen, betont jedoch, dass dabei stets das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit gelten soll: Leistungen soll vor allem erhalten, wer Leistung erbracht hat oder zumindest bereit ist, Leistung zu erbringen. Immer wieder äußert die Partei den Verdacht, dass zu großzügige soziale Sicherung zu Faulheit führe – im jüngsten Programm von 2025 sogar besonders ausführlich.⁴ Zudem betont die Partei, dass wohlfahrtsstaatliche Sicherung auf eine nationale Gemeinschaft begrenzt bleiben müsse; Ausländer:innen thematisiert sie wiederholt als illegitime Leistungsempfänger:innen. Verschiedene

¹ Ich betrachte in diesem Beitrag ausschließlich die Bundes-AfD. Einige Landesverbände in Ostdeutschland, insbesondere Thüringen und Sachsen-Anhalt, beziehen andere Positionen, können sich damit aber bislang bundesweit nicht durchsetzen.

² AfD, 2014a, S. 2, 12, 14, 2014b, S. 4, 5, 8, 9, 12, 2016, S. 6, 21, 36, 67, 2017, S. 53, 2020, S. 6, 2021, S. 42, 45–46, 2023, S. 11, 2025, S. 10–11

³ AfD, 2016, S. 53, 67, 80, 81, 2017, S. 45, 65, 69, 2019, S. 79, 2021, S. 30, 36, 45–46, 176–177, 2023, S. 19, 24, 40, 2025, S. 63–64, 79, 139, 164

⁴ AfD, 2014a, S. 12, 2016, S. 35, 2020, S. 34, 2021, S. 126, 2025, S. 10, 22–26

Formulierungen legen nahe, dass die Grenze zwischen deutsch und nichtdeutsch ethnisch-kulturell aufgeladen ist.⁵

In der *Steuer- und Finanzpolitik* zeichnet sich die AfD durch einen extremen und sich im Zeitverlauf zuspitzenden Fiskalkonservatismus aus. Seit ihrer Gründung bis heute betrachtet die Partei öffentliche Verschuldung als Übel. Sie will nicht nur, im Sinne der ohnedies fiskalkonservativen grundgesetzlichen Schuldenbremse, die Nettoneuverschuldung begrenzen, sondern darüber hinaus auch bestehende Schulden abbauen.⁶ Dies wäre ein negativer fiskalischer Impuls, mit dem der Staat der Wirtschaft Nachfrage entziehen und die bestehende ökonomische Krise weiter zuspitzen würde. In der Steuerpolitik will die AfD Steuern deutlich senken und zahlreiche Steuerarten ganz abschaffen – die Liste abzuschaffender Steuern wird im Zeitverlauf immer länger. Gesenkt werden soll insbesondere die Einkommensteuer, abgeschafft werden sollen im jüngsten Programm unter anderem die Vermögen-, die Erbschaft-, die Grund- und die Grunderwerbsteuer.⁷ Eine solche Steuerpolitik würde eine deutliche Umverteilung von unten nach oben bewirken, weil von den „Entlastungen“ insbesondere Unternehmen sowie Haushalte mit hohem Einkommen und Vermögen profitieren würden. Eine merkliche Senkung der Mehrwert- bzw. Umsatzsteuer, die vor allem Haushalte mit niedrigen Einkommen entlasten würde, vertritt die AfD nur einmalig 2017.⁸ Das steuer- und finanzpolitische Programm der AfD hätte eine massive Unterfinanzierung des Staates zur Folge.⁹ Diese ließe sich nur durch erhebliche Ausgabenkürzungen insbesondere im sozialen Bereich auffangen – die Verteidigungsausgaben als einen der größten Ausgabenposten will die AfD erhöhen (zumindest wollte sie das bis zur tatsächlichen Erhöhung der letzten Jahre).

In der *Arbeitsmarktpolitik* lassen sich im Zeitverlauf einige Veränderungen erkennen. Die AfD startete 2013/14 mit einer konsistent unternehmensfreundlichen Position, die sich unter anderem durch die entschiedene Ablehnung des gesetzlichen Mindestlohns und vage Versprechungen einer umfassenden Deregulierung des Arbeitsrechts auszeichnete.¹⁰ Ab 2016 folgte zunächst eine Verschiebung hin zu einer, gemessen an der Anfangszeit, etwas arbeitnehmerfreundlicheren Position, in deren Rahmen die Partei ihre Haltung zum Mindestlohn revidierte und Regelungen zum Schutz von prekär Beschäftigten einforderte.¹¹ Zuletzt wurde die AfD jedoch wieder deutlich unternehmensfreundlicher. Anstatt eine stärkere Regulierung prekärer Beschäftigung zu versprechen, will sie den Niedriglohnsektor nun durch steuerliche Entlastung gezielt fördern.¹² Zudem will sie die Sicherungssysteme gegen das Risiko der Arbeitslosigkeit schwächen – in Zeiten einer stark angespannten Arbeitsmarktlage. Die Regelung zur Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes soll in einer Weise reformiert werden, die in den meisten Fällen zu einer Verkürzung der Bezugsdauer führen würde – Personen, die weniger als drei volle Jahre versicherungspflichtig beschäftigt waren, sollen gar kein Arbeitslosengeld mehr erhalten (Tabelle 1). In der Folge würden zahlreiche Arbeitnehmer:innen im Fall des Arbeitsplatzverlusts schneller oder unmittelbar in die Grundsicherung fallen. Diese wiederum soll in einer Weise reformiert werden, durch die

⁵ AfD, 2016, S. 41–43, 58, 62–64, 2017, S. 28–30, 56, 2019, S. 55, 2020, S. 20–25, 2021, S. 96–97, 99, 118–119, 150–151, 2025, S. 12, 18, 20, 24, 100–105, 109–110, 112

⁶ AfD, 2013, S. 3, 2014a, S. 23, 2014b, S. 10, 12, 2016, S. 76, 2017, S. 51, 2025, S. 54

⁷ AfD, 2013, S. 3, 2014b, S. 6, 9–10, 2016, S. 73–75, 2017, S. 50–51, 2021, S. 34–36, 2025, S. 36, 56, 58

⁸ AfD, 2017, S. 50

⁹ Studien diverser Wirtschaftsforschungsinstitute kommen zu ähnlichen Befunden (Bach, 2025; Blömer et al., 2025; Diermeier et al., 2025; Stichnoth & Hebsaker, 2025).

¹⁰ AfD, 2014b, S. 4, 6, 2014a, S. 14

¹¹ AfD, 2016, S. 36–37, 2017, S. 52, 58, 2021, S. 119–121

¹² AfD, 2025, S. 56

sich die Situation für die Leistungsbeziehenden deutlich verschlechtern würde, unter anderem durch eine staatliche Arbeitspflicht nach sechs Monaten.¹³ Diese Änderungen würden die Hartz-Reformen der 2000er weitertreiben und in der Folge die Position von Arbeitnehmer:innen erheblich schwächen, da diese im Fall des Arbeitsplatzverlustes mit beschleunigtem sozialem Abstieg rechnen müssten. Das wiederum würde Anreize schaffen, auch in schlechten oder sogar missbräuchlichen Arbeitsverhältnissen zu verbleiben und im Falle von Arbeitslosigkeit auch nicht qualifikationsangemessene Stellen anzunehmen, anstatt angemessene Stellen zu suchen. Das bedeutet im Verhältnis zwischen Arbeitnehmer:innen und Unternehmen eine deutliche Machtverschiebung zugunsten der Letzteren. Zudem würde die Arbeitsproduktivität sinken, wenn mehr Menschen auf nicht qualifikationsangemessenen Stellen arbeiten. Eine weitere Veränderung der arbeitsmarktpolitischen Position der AfD betrifft die Arbeitsmigration. Hier beginnt die AfD mit einer liberal-utilitaristischen Position, aus der heraus sie einen Mangel an qualifizierter Zuwanderung beklagt. Ab 2016 revidiert sie diese Position und betrachtet Immigration überwiegend und in zunehmendem Maße als arbeitsmarktpolitisches Problem.¹⁴

Maximale Bezugsdauer	Bedingung nach geltendem Recht	Bedingung nach AfD-Konzept
6 Monate	1 Jahr versicherungspflichtige Beschäftigung in den letzten 5 Jahren (1 Jahr in den letzten 2,5 Jahren für Berechtigung allgemein)	3 volle Beitragsjahre
9 Monate	1,5 Jahre versicherungspflichtige Beschäftigung in den letzten 5 Jahren	9 volle Beitragsjahre
12 Monate	2 Jahre versicherungspflichtige Beschäftigung in den letzten 5 Jahren	15 volle Beitragsjahre
15 Monate	2,5 Jahre versicherungspflichtige Beschäftigung in den letzten 5 Jahren und Lebensalter von 50 oder älter	21 volle Beitragsjahre
18 Monate	3 Jahre versicherungspflichtige Beschäftigung in den letzten 5 Jahren und Lebensalter von 55 oder älter	27 volle Beitragsjahre
24 Monate	4 Jahre versicherungspflichtige Beschäftigung in den letzten 5 Jahren und Lebensalter von 58 oder älter	39 volle Beitragsjahre

Tabelle 1: Maximale Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes nach geltendem Recht und nach AfD-Konzept¹⁵

Die *Rentenpolitik* ist der einzige Bereich, in dem die AfD zuletzt eine Stärkung sozialer Sicherung in Aussicht stellt. Nachdem die Partei eine eindeutige Positionierung lange vermieden hatte, verspricht sie seit 2025, das Rentenniveau so weit zu erhöhen, dass die Nettoersatzquote langfristig von derzeit ca. 53 % auf 70 % steigen würde.¹⁶ Damit würden sich die im internationalen Vergleich niedrigen Renten in Deutschland dem Niveau von Ländern wie Österreich annähern. Durch eine solche Rentenreform würde zwar ein soziales Sicherungssystem gestärkt, jedoch wäre es nur sehr bedingt ein Beitrag zur Überwindung von Ungleichheit oder zur Umverteilung von oben nach unten. Weil die Rentenhöhe in der gesetzlichen Rentenversicherung von den im Erwerbsleben geleisteten Beiträgen abhängt, führt

¹³ AfD, 2025, S. 22–26

¹⁴ Für eine ausführliche Diskussion der AfD-Arbeitsmarktpolitik s. Barthel (2024).

¹⁵ Nach dem Konzept „soll der Anspruch auf Arbeitslosengeld [...] erst nach drei vollen Beitragsjahren eintreten und zunächst auf sechs Monate beschränkt werden. Für je zwei weitere Beitragsjahre erhöht sich der Anspruch danach um einen Monat“ (AfD, 2025, S. 21). Lediglich Gruppen, die lange beschäftigt waren, aber unterhalb der Altersgrenzwerte des geltenden Rechts liegen, könnten in relevantem Maße vom AfD-Vorschlag profitieren (AfD, 2025, S. 21; BMAS, 2023, eigene Berechnungen).

¹⁶ AfD, 2013, S. 3, 2014a, S. 3, 10, 15, 2014b, S. 6, 2016, S. 36–37, 41–44, 2017, S. 14, 28, 37, 50, 56–58, 2019, S. 14, 29, 66, 2020, S. 6–38, 2021, S. 53–54, 104–109, 126–131, 2023, S. 20, 25, 28, 46, 2025, S. 17–20

das System nicht zur Umverteilung zwischen oben und unten, sondern dazu, dass ökonomische Ungleichheiten aus der Erwerbsphase im Alter fortgeschrieben werden. Personen, deren Rentenansprüche aufgrund von niedrigen Löhnen und unterbrochenen Erwerbsbiografien unterhalb des Grundsicherungsniveaus liegen (also viele der von der AfD immer wieder beschworenen „Rentner, die Flaschen sammeln müssen“), würden von einer pauschalen Anhebung des Rentenniveaus nur in Teilen profitieren; Personen mit ohnedies hohen Renten würden dagegen durchweg einen erheblichen Wohlstandszuwachs erleben. Damit unterscheidet sich das AfD-Konzept deutlich von stärker umverteilend wirkenden universalistischen Grundrenten-Konzeptionen. Zudem besteht eine starke Spannung zwischen den rentenpolitischen Versprechungen und der finanzpolitischen Position der AfD: Die Rentenerhöhung soll in Teilen durch Mehrausgaben aus dem allgemeinen Bundeshaushalt finanziert werden – bei gleichzeitigem Schuldenabbau und Steuersenkungen.

Gefährdungsdarstellungen spielen in der wirtschafts- und sozialpolitischen Programmatik der AfD eine besonders große Rolle. Die Partei stellt bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen als große Gefahren für Wirtschaft und Wohlstand in Deutschland dar. Hierfür macht sie die anderen Parteien verantwortlich und behauptet, sie sei die einzige politische Kraft, die diese Gefahren aufhalten könne und wolle. Diese Gefährdungsdarstellungen sind für den wirtschafts- und sozialpolitischen Diskurs der AfD mindestens so wichtig wie konkrete Policy-Versprechen. Die Gefahren, die die Partei jeweils in den Vordergrund rückt, unterliegen im Laufe der Zeit einem Wandel. In den ersten Jahren nach Parteigründung stehen die Dynamiken der europäischen Währungsunion im Fokus. Zwar betrachtet die Partei den Euro nach wie vor als Problem, seit 2016 verliert es im Parteidiskurs aber zunehmend an Relevanz.¹⁷ Stattdessen rücken die „unkontrollierte Massenmigration“¹⁸ sowie die Kombination aus veränderten Familienmodellen und demografischer Entwicklung¹⁹ in den Vordergrund. Seit 2019 tritt zusätzlich die Klima- und Energiepolitik hinzu, die seit 2022 eine Einheit mit der Russlandpolitik bildet.²⁰ Währungsunion, Immigration, Demografie und Energiewende gelten der AfD als die eigentlichen wirtschaftlichen Probleme.

Auch wenn sich die Programmatik der AfD von 2013 bis 2025 deutlich verändert hat, überwiegt in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen die Kontinuität. Die Partei erweist sich durchgehend als markoliberal-unternehmensfreundlich-fiskalkonservative Partei. Die Bezeichnung „unternehmensfreundlich“ ist insofern einzuschränken, als die AfD sich zwar in Fragen der direkten Beziehungen zwischen Arbeitnehmer:innen und Unternehmen tendenziell auf die Seite der Letzteren stellt (ohne dies explizit zu benennen), zugleich aber Politiken verfolgt, die auch deutschen Unternehmen erheblich schaden würden. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Positionen zur Europäischen Union, zur Währungsunion und zur Migrationspolitik. Würden die Forderungen der AfD in diesen Bereichen umgesetzt, dürfte es deutschen Unternehmen weitaus schwerer fallen, einerseits Abnehmer:innen für ihre Produkte und andererseits Arbeitskräfte zu finden. Die Energiepolitik der AfD würde zwar einigen Unternehmen kurzfristig nutzen, langfristig dürfte aber auch das nicht gelten (Diermeier et al., 2025; Fratzscher, 2026).

¹⁷ AfD, 2013, S. 1, 3, 2014a, S. 1–6, 9–10, 23–25, 2014b, S. 4–5, 2016, S. 18–22, 2017, S. 14–16, 56–57, 2019, S. 14, 24, 28–35, 2021, S. 29, 50–59, 2023, S. 8–9, 19–22, 2025, S. 61–66

¹⁸ AfD, 2013, S. 4, 2014b, S. 10, 12–16, 2016, S. 58–65, 2017, S. 28–32, 56–57, 2019, S. 40–41, 55–56, 2020, S. 21–25, 2021, S. 90–103, 118–119, 2023, S. 13–18, 2025, S. 100–115

¹⁹ AfD, 2013, S. 3, 2014a, S. 15, 18, 2014b, S. 10, 2016, S. 9, 37, 40–44, 2017, S. 37–41, 50, 57, 2019, S. 37, 65–69, 2020, S. 6–19, 27–32, 2021, S. 104–105, 111–112, 126, 2023, S. 46–47, 2025, S. 144–155

²⁰ AfD, 2013, S. 4, 2014a, S. 19–20, 2014b, S. 9, 2016, S. 79–82, 2017, S. 65–66, 2019, S. 79–81, 2021, S. 42–43, 174–178, 190–191, 2023, S. 8, 27, 34, 39–41, 2025, S. 38, 40–42, 73, 77–80, 83, 91–92

3. Ansatz 2: Quantitative Auswertung der Wahlprogramme basierend auf Daten des Manifesto Project

Will man die Positionen mehrerer Parteien in einer anschaulichen Weise vergleichen, ist es hilfreich, wenn man sie nicht nur in Worten, sondern auch in Zahlen beschreiben kann, denn erst dies erlaubt intuitive grafische Darstellungen. Ein Weg zu solchen Zahlen führt über die quantitative Auswertung von Parteiprogrammen. Eine Grundlage für eine solche Analyse bietet das Manifesto Project (MAR-POR). Dieses bereitet Wahlprogramme von Parteien aus verschiedenen Ländern in einer standardisierten Weise auf. Dafür werden die Programme zunächst in Quasisätze zerlegt, definiert als einzelne inhaltliche Aussagen, die einen ganzen grammatikalischen Satz oder einen Teil eines grammatikalischen Satzes umfassen können. Anschließend werden diese Quasisätze jeweils einer inhaltlichen Kategorie zugeordnet – z.B. die Ablehnung von Migration, die Befürwortung eines Ausbaus des Wohlfahrtsstaates, die Befürwortung von Traditionalismus etc. Schließlich berechnet das Projekt für jedes Programm den Anteil der einzelnen Kategorien in Prozent, sodass man z.B. erfährt, dass eine Partei in 3 Prozent aller Quasisätze des Programms Migration ablehnt, in 1 Prozent der Quasisätze einen Ausbau des Wohlfahrtsstaates befürwortet usw. Will man auf dieser Grundlage die wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen der Parteien vergleichen, kann man alle eher redistributiv-interventionistisch-sozialprotektionistischen und alle eher marktliberal-unternehmensfreundlich-fiskalkonservativen Kategorien addieren bzw. subtrahieren und anhand des Ergebnisses einschätzen, wo die jeweilige Partei in Wirtschaftsfragen zu verorten ist.²¹

Analysiert man die Programme der relevanten deutschen Parteien auf diese Weise, ist eine Links-rechts-Zweiteilung des Parteiensystems zu erkennen (Abbildung 1). Auf der einen Seite stehen SPD, Grüne, Linke und zuletzt BSW, auf der anderen CDU/CSU, FDP und AfD. Diese Zerteilung zeigt sich über den Zeitverlauf hinweg stabil. Innerhalb der beiden Blöcke sind weitere Unterschiede zu erkennen. Unter den linken Parteien stehen sich SPD, Grüne und BSW relativ nahe, Die Linke steht ökonomisch deutlich weiter am redistributiv-interventionistisch-sozialprotektionistischen Pol. Unter den rechten Parteien erweisen sich FDP und AfD als etwas marktliberaler als die Union.

Betrachtet man die Position der AfD im Zeitverlauf, ist zu erkennen, dass sie 2013 mit einem ausgeprägt marktliberalen Programm startet, diese Position 2017 etwas abschwächt, um sie im Folgenden wieder zuzuspitzen. Die zwischenzeitliche Abschwächung ist vor allem darauf zurückzuführen, dass Wirtschafts- und Sozialpolitik im auf Migrations- und Familienpolitik fokussierten Programm von 2017 eine relativ geringe Rolle spielt, sodass der Marktliberalismus anteilmäßig weniger ins Gewicht fällt. Seit 2025 steht Wirtschafts- und Sozialpolitik wiederum im Zentrum des Programms – und die Partei am marktliberalen Ende des Spektrums.

Damit ist auch ein Nachteil dieser Art der Erfassung von Parteipositionen angesprochen. Da die jeweilige Position auf Grundlage des Anteils der den einzelnen Kategorien zugeordneten Quasisätze

²¹ Kategorien, die sich keiner dieser beiden Seiten zuordnen lassen, weil sie nicht direkt wirtschafts- und sozialpolitisch sind oder die Richtung uneindeutig ist, wurden außen vor gelassen. Genutzt wurde der Datensatz 2025a (Lehmann et al., 2025). Einbezogen wurden die folgenden Kategorien (+: codiert als marktliberal-unternehmensfreundlich-fiskalkonservativ; -: codiert als redistributiv-interventionistisch-sozialprotektionistisch): per401 free market economy (+), per402 incentives: positive (+), per403 market regulation (-), per404 economic planning (-), per406 protectionism positive (-), per407 protectionism negative (+), per409 Keynesian demand management (-), per412 controlled economy (-), per413 nationalisation (-), per414 economic orthodoxy (+), per415 Marxist analysis (-), per503 equality: positive (-), per504 welfare state expansion (-), per505 welfare state limitation (+), per701 labour groups: positive (-), per702 labour groups: negative (+). Die durch die Addition/Subtraktion der Kategorien gebildeten Variablen wurden dann für die Gesamtheit aller Programme der sieben Parteien seit 2013 z-standardisiert, sodass die in den Darstellungen angegebenen Einheiten Standardabweichungen vom Mittelwert sind.

am Parteiprogramm bestimmt wird, können Positionen nur dann als besonders stark ausgeprägt erscheinen, wenn die Partei dem Thema viel Raum im Programm gibt. Das ist insgesamt plausibel, jedoch muss eine besonders starke Position nicht in jedem Fall besonders viel Raum einnehmen. Ein einzelner Satz kann inhaltlich radikaler sein als eine seitenlange Auflistung von Problemen. Daher ist es hilfreich, zur Absicherung der Ergebnisse weitere Formen der Erfassung hinzuzuziehen.

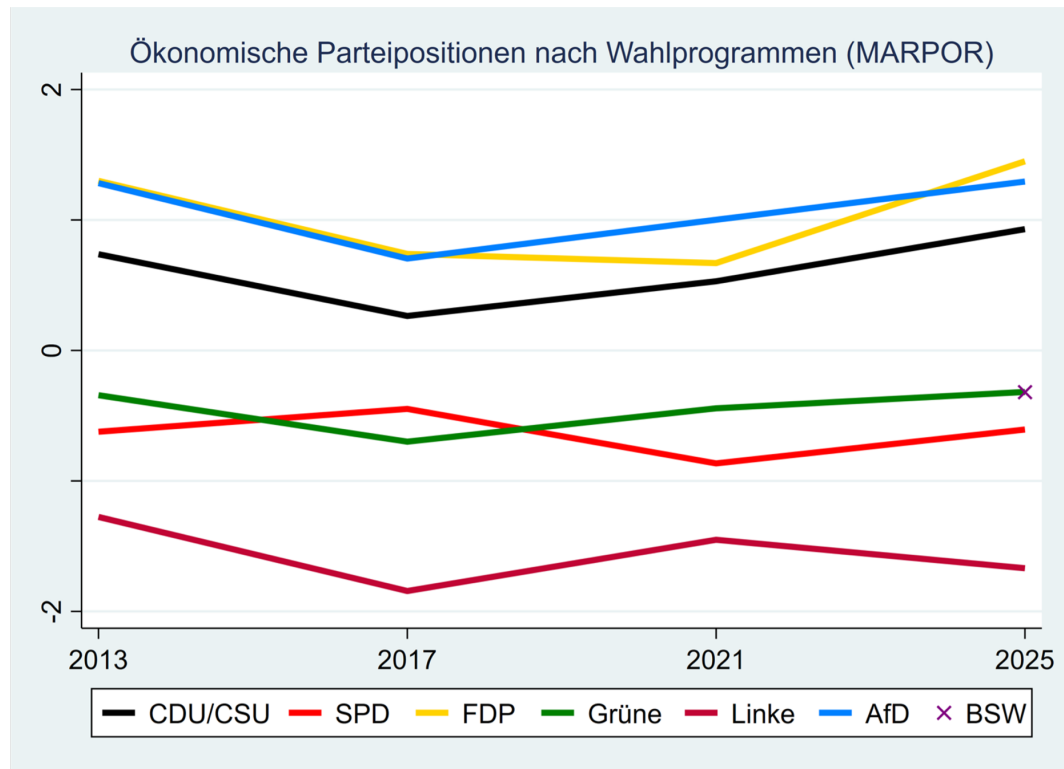


Abbildung 1: Ökonomische Parteipositionen nach Wahlprogrammen; Datenbasis: Manifesto Project, Datensatz 2025a (Lehmann et al., 2025); die y-Achse zeigt oben markliberal-unternehmensfreundlich-fiskalkonservative, unten redistributiv-interventionistisch- sozialprotektionistische Positionen, die Einheiten sind Standardabweichungen vom Mittelwert aller einbezogenen Programm.

4. Ansatz 3: Auswertung von Wahl-O-Mat-Antworten

Eine dieser weiteren Formen der Erfassung besteht in der Nutzung des von der Bundeszentrale für politische Bildung erstellten Wahl-O-Mat. Dieser soll Wähler:innen eine Grundlage für ihre Wahlentscheidung bieten. Allerdings kann er auch genutzt werden, um Parteipositionen zu bestimmen. Für jede Bundestagswahl legt die Bundeszentrale den Parteien eine in Zusammenarbeit mit Expert:innen und einer Redaktion von Jungwähler:innen erarbeitete Liste mit 38 politischen Aussagen bzw. Forderungen vor. Die Parteien können sich zu diesen Forderungen jeweils mit Zustimmung, mit Ablehnung oder neutral positionieren. Diese Antworten der Parteien können genutzt werden, um ihre Positionen zu bestimmen (Fratzscher, 2023). Für die folgende Auswertung habe ich für jede der letzten vier Bundestagswahlen für jede Partei je einen Score von 0 bis 100 berechnet. 0 steht für ein perfekt

redistributiv-interventionistisch-sozialprotektionistisches, also „ökonomisch linkes“, 100 für ein perfekt markoliberal-unternehmensfreundlich-fiskalkonservatives, also „ökonomisch rechtes“ Antwortverhalten.²²

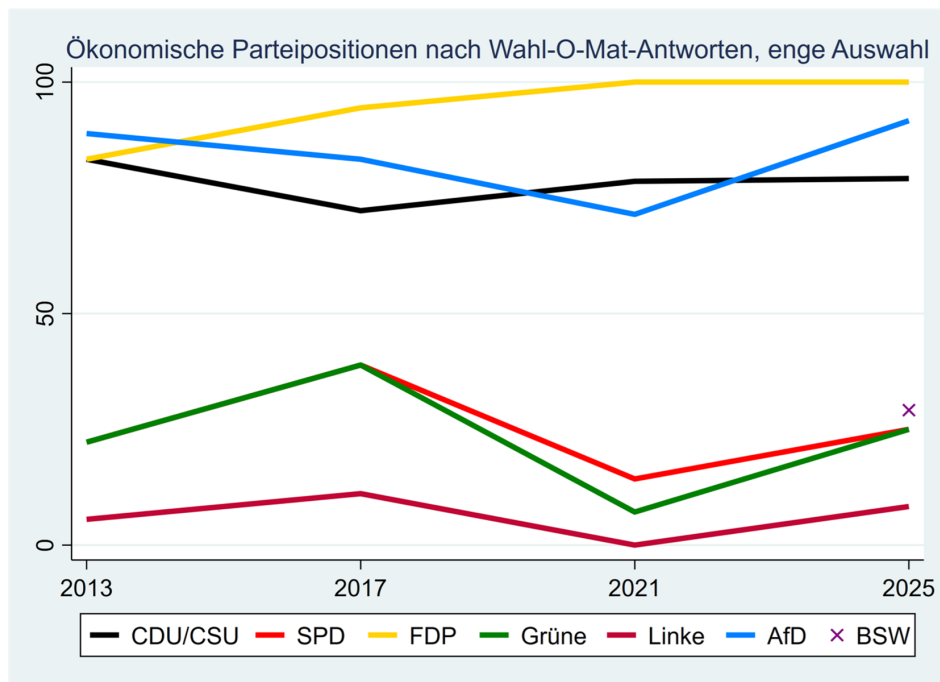


Abbildung 2: Ökonomische Parteipositionen nach Wahl-O-Mat-Antworten (Datengrundlage: Bundeszentrale für politische Bildung, 2013, 2017, 2021, 2025), enge Auswahl der Items; die y-Achse reicht von einem perfekt markoliberal-unternehmensfreundlich-fiskalkonservativen Antwortverhalten oben (100) zu einem perfekt redistributiv-interventionistisch-sozialprotektionistischen Antwortverhalten unten (0)

Entscheidend für diese Auswertung sind die Auswahl der einschlägigen Forderungen aus dem Wahl-O-Mat und ihre Zuordnung zu den beiden Enden des wirtschafts- und sozialpolitischen Spektrums. Weil die Formulierungen von der Wahl-O-Mat-Redaktion nicht geschaffen wurden, um eine Bestimmung der wirtschafts- und sozialpolitischen Position zu ermöglichen, besteht ein gewisser Interpretationsspielraum. Ich habe die Zuordnung in zwei verschiedenen Varianten durchgeführt, einer engen und einer weiten. Bei der engen Variante wurden nur Forderungen einbezogen, die sich unmittelbar auf Fragen der ökonomischen Verteilung zwischen oben und unten, der sozialen Sicherung, der Staatsfinanzen oder der Marktfreiheit beziehen *und* eine eindeutige Zuordnung zu einer Richtung zulassen. Bei der weiten Variante wurden zusätzlich Forderungen einbezogen, die sich nur mittelbar auf Fragen der ökonomischen Verteilung zwischen oben und unten, der sozialen Sicherung, der Staatsfinanzen oder der Marktfreiheit beziehen oder deren Zuordnung zu einer Richtung diskutabel ist.²³

²² Die Berechnung verläuft wie folgt: Alle Parteien starten bei jeder Wahl mit 0 Punkten. Stimmt eine Partei einer markoliberal-unternehmensfreundlich-fiskalkonservativen Forderung zu oder lehnt eine redistributiv-interventionistisch-sozialprotektionistische Forderung ab, erhöht sich ihr Wert um 1. Lehnt sie eine markoliberal-unternehmensfreundlich-fiskalkonservative Forderung ab oder stimmt einer redistributiv-interventionistisch-sozialprotektionistischen Forderung zu, mindert sich ihr Wert um 1. Um Vergleichbarkeit zwischen den Wahlen zu ermöglichen, wurde die so erreichte Punktzahl mittels linearer Transformation ins Verhältnis zur bei der jeweiligen Wahl maximal möglichen Punktzahl gesetzt, sodass sich eine Skala von 0 bis 100 ergibt (Datengrundlage: Bundeszentrale für politische Bildung, 2013, 2017, 2021, 2025).

²³ Die Auswahl der Items und die Begründung für die jeweilige Entscheidung können einer Excel-Tabelle entnommen werden, die unter der untenstehenden URL einsehbar ist. In der Tabelle kann auch die Zuordnung der einzelnen Items angepasst werden, um interaktiv zu prüfen, welche Veränderungen sich in den Diagrammen ergeben. Insgesamt ist das Ergebnis robust

Die Ergebnisse ähneln insgesamt denen des im vorherigen Abschnitt geschilderten Ansatzes. Wieder ist eine klare Zweiteilung des Parteiensystems in linke und rechte Parteien zu erkennen. Bei der engen Variante (Abbildung 2) erreichen Die Linke (2021) und die FDP (2021, 2025) teilweise die niedrigst- bzw. höchstmöglichen Werte 0 bzw. 100. Bei der AfD ist wieder eine Bewegung zu erkennen: Die Partei startet mit einem ausgeprägten Marktliberalismus rechts von Union und FDP, schwächt diesen dann etwas ab und spitzt ihn zuletzt wieder zu. Allerdings erweist sich die Partei ab 2017 als weniger marktliberal als die FDP und steht – insbesondere durch den Wert von 2021 – tendenziell etwas näher an der CDU/CSU.

In der weiten Variante (Abbildung 3), in die auch Forderungen einbezogen wurden, deren Zuordnung weniger eindeutig ist, zeigt sich ein ähnliches Bild, allerdings erweist sich die AfD in dieser Betrachtung als etwas weniger marktliberal als Union und FDP. Das legt nahe, dass die AfD von ihrer marktliberalen Linie in Wirtschafts- und Sozialpolitik vor allem dann abweicht, wenn es nicht eindeutig um Fragen der Verteilung zwischen oben und unten, der sozialen Sicherung, der Staatsfinanzen oder der Marktfreiheit geht.

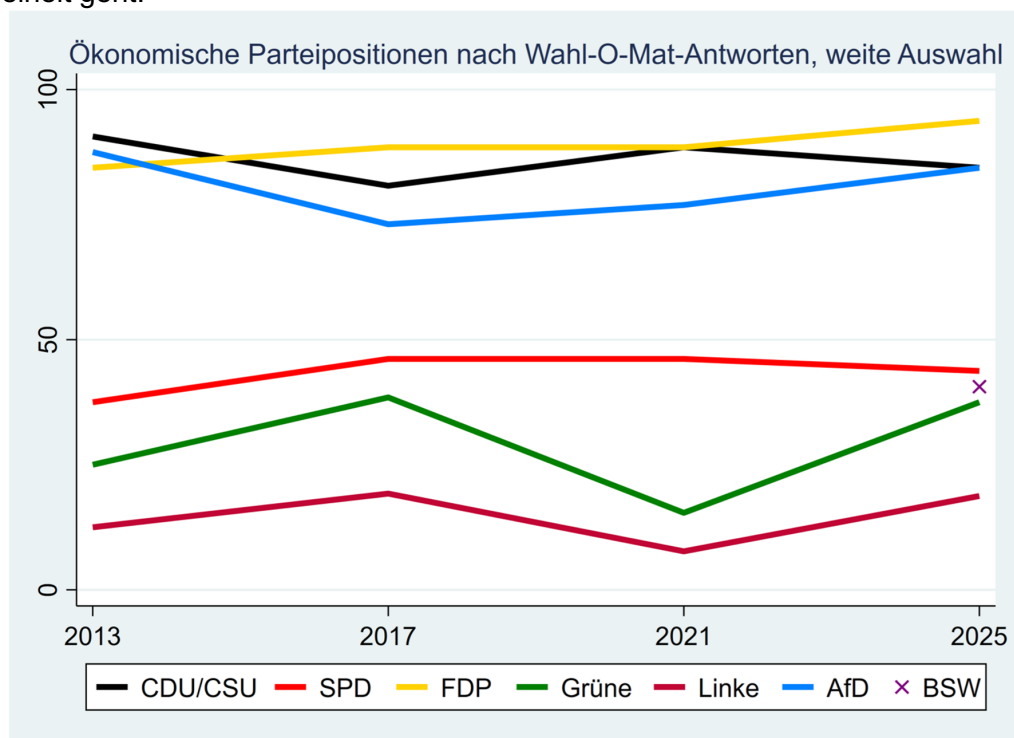


Abbildung 3: Ökonomische Parteipositionen nach Wahl-O-Mat-Antworten (Datengrundlage: Bundeszentrale für politische Bildung, 2013, 2017, 2021, 2025), weite Auswahl der Items; die y-Achse reicht von einem perfekt marktliberal-unternehmensfreundlich- fiskalkonservativen Antwortverhalten oben (100) zu einem perfekt redistributiv-interventionistisch-sozialprotektionistischen Antwortverhalten unten (0).

Die Wahl-O-Mat-Auswertungen bieten für die Bestimmung von Parteipositionen zwei Vorteile: Zum einen handelt es sich wiederum um offizielle Positionierungen der Gesamtpartei, zum anderen beantworten alle Parteien für die jeweilige Wahl dieselben Fragen, was eine gute Vergleichbarkeit im Querschnitt (also zwischen mehreren Parteien zum selben Zeitpunkt) ermöglicht. Allerdings unterscheiden sich die Fragen zwischen den verschiedenen Wahlen deutlich, sodass die Vergleichbarkeit im

gegenüber einzelnen Entscheidungen. <https://florisbiskamp.com/wordpress/wp-content/uploads/2026/07/Floris-Biskamp-2026-Auswertung-von-Wahl-O-Mat-Antworten-fuer-das-ARD-Magazin-Panorama.xlsx>

Längsschnitt (also zwischen mehreren Programmen derselben Partei zu unterschiedlichen Zeitpunkten) nur eingeschränkt gegeben ist. Zudem sind die Fragen nicht bei allen Wahlen gleichermaßen gut geeignet, um die ökonomische Position der jeweiligen Partei zu bestimmen – so gab es 2021 weniger hierfür nutzbare Fragen als in den anderen Wahljahren.

5. Ansatz 4: Ergebnisse der Expert:innenbefragung CHES

Eine vierte Möglichkeit zur Erfassung von Parteipositionen bieten Expert:innenbefragungen. Dabei werden Expert:innen für die Politik in den jeweiligen Ländern nach ihren Einschätzungen zu den Positionen der verschiedenen Parteien befragt. Eine solche Befragung ist der Chapel Hill Expert Survey (CHES) (Rovny et al., 2025). Der Turnus der Befragung entspricht nicht den Bundestags-, sondern den Europawahlen, weshalb es für die AfD drei Datenpunkte für die Jahre 2014, 2019 und 2024 gibt. In einer der Fragen sollen die Expert:innen die ökonomische Position der Parteien auf einer Skala von 0 (sehr weit links) bis 10 (sehr weit rechts) einschätzen:

„Parties can be classified in terms of their *stance on economic issues* such as privatization, taxes, regulation, government spending, and the welfare state. Parties on the economic left want government to play an active role in the economy. Those on the economic right want a reduced role for government“ (Rovny et al., 2025, Codebook, S. 17, Hervorhebung im Original).

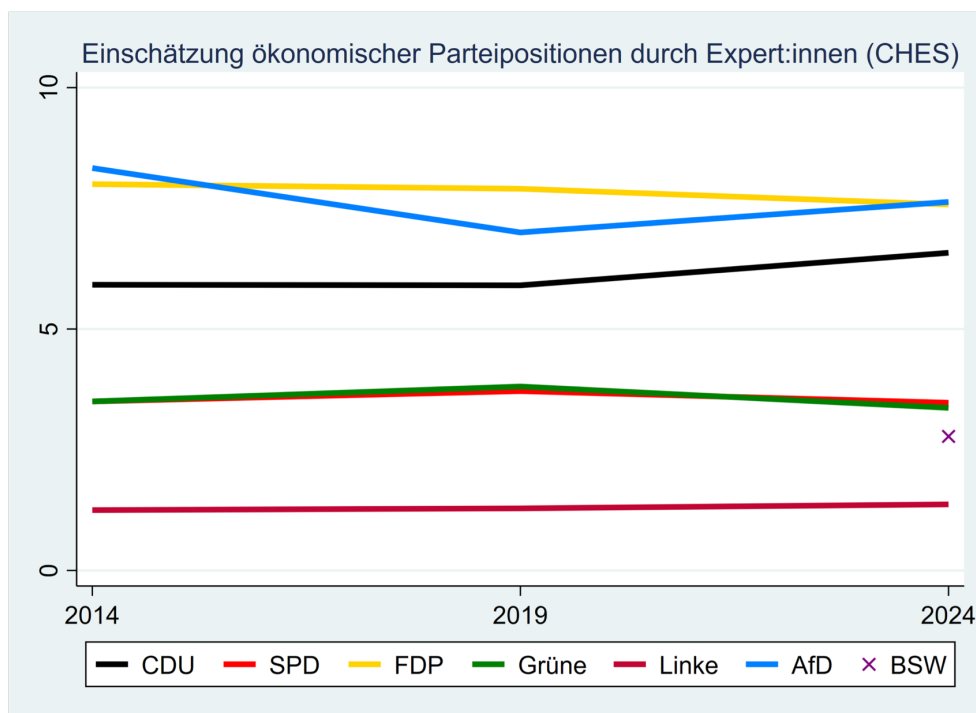


Abbildung 4: Die Einschätzung ökonomischer Parteipositionen durch Expert:innen; Datenbasis: CHES, Datensatz 2024 (Rovny et al., 2025), Variable Irecon; die y-Achse reicht von ausgeprägt „ökonomisch rechten“ Positionen oben (10) zu ausgeprägt „ökonomisch linken“ Positionen unten (0)

Die Ergebnisse (Abbildung 4) zeigen dasselbe Muster wie die quantitative Auswertung der Wahlprogramme. Wieder ist die Links-rechts-Zweiteilung in FDP, AfD und Union (hier nur CDU) einerseits sowie SPD, Grüne, BSW und Linke andererseits zu erkennen. Wieder sind FDP und AfD deutlich markliberaler als die Union, wieder steht Die Linke erkennbar weiter links als SPD und Grüne.

Nach der Einschätzung der befragten Expert:innen startet die AfD 2014 von einer extrem markoliberalen Position mit einem Wert von 8,9 rechts von der FDP. 2019 mäßigt sich die Partei zwar auf einen Wert von 7, wodurch sie zwischen CDU und FDP steht. Bis 2024 sehen die Expert:innen jedoch eine erneute Verschiebung zurück in Richtung Marktliberalismus, durch die die AfD einen Wert von 7,6 erreicht und ungefähr mit der FDP gleichzieht.

Expert:innenbefragungen bieten den Vorteil, dass ökonomische Positionen explizit abgefragt werden. Allerdings sind sie mit dem Risiko verbunden, dass die Expert:innen selbst etablierten Vorurteilen folgen und Veränderungsprozesse unterschätzen.

6. Ansatz 5: Die Einschätzungen der Wahlberechtigten

Die fünfte und letzte im vorliegenden Text dargestellte Möglichkeit, Parteipositionen zu erfassen, sind Einschätzungen der Wähler:innen bzw. Wahlberechtigten. Diese lesen zwar in der Regel keine Parteiprogramme und setzen sich weniger intensiv mit den tatsächlichen Positionen der Parteien auseinander als Expert:innen. Allerdings sind ihre Einschätzungen durch die direkte Verbindung zur jeweiligen Wahlentscheidung von besonderer Relevanz. Daten über die Einschätzungen von Wähler:innen in Deutschland liefert der German Longitudinal Election Survey (GLES), der in regelmäßigen Abständen Wahlberechtigte in Deutschland befragt. Unter anderem sollen die Befragten einschätzen, welche Positionen die Parteien zu verschiedenen Themen vertreten. Einschlägig ist hier insbesondere die folgende Frage:

„Manche wollen weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet, andere wollen mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet. Wie stehen Ihrer Meinung nach diese Parteien dazu?“ (GLES, 2026, PAPI-Fragebogen, S. 11)

In die Auswertung wurden die Nachwahl-Querschnitte zu den Bundestagswahlen 2013, 2017, 2021 und 2025 (GLES, 2019a, 2019b, 2023, 2026) einbezogen.²⁴ Bei der Bundestagswahl 2013 wurde noch nicht nach der Einschätzung zur Position der AfD gefragt, wohl aber bei den drei folgenden.

Die Auswertung für alle Wahlberechtigten (Abbildung 5) zeigt, dass diese die Parteien insgesamt ähnlich einschätzen wie die Expert:innen, die AfD aber noch deutlicher am markoliberalen Pol sehen. Die AfD ist demnach 2017 im selben Maße markoliberal wie die FDP und rückt im Folgenden noch weiter in diese Richtung – und zwar weiter und schneller als die FDP.

Bezieht man nur Teile der Wahlberechtigten ein, kann die Auswertung spezifiziert werden. Von besonderem Interesse sind diejenigen, die angeben, selbst die AfD gewählt zu haben. Beschränkt man die Auswertung auf diese Gruppe, wird die Einschätzung der ökonomischen Positionen der verschiedenen Parteien durch AfD-Wähler:innen sichtbar.

²⁴ Verwendet wurden die folgenden Variablen: 2025: q39X; 2021: q39X; 2017: q75X; 2013: q96X; für CDU/CSU wurde ein Mittelwert aus den Einschätzungen zu beiden Parteien gebildet; die 11-stufige Skala wurde recodiert, sodass sie von -5 bis +5 reicht; bei der Berechnung wurde das Designgewicht *w_ow* verwendet.

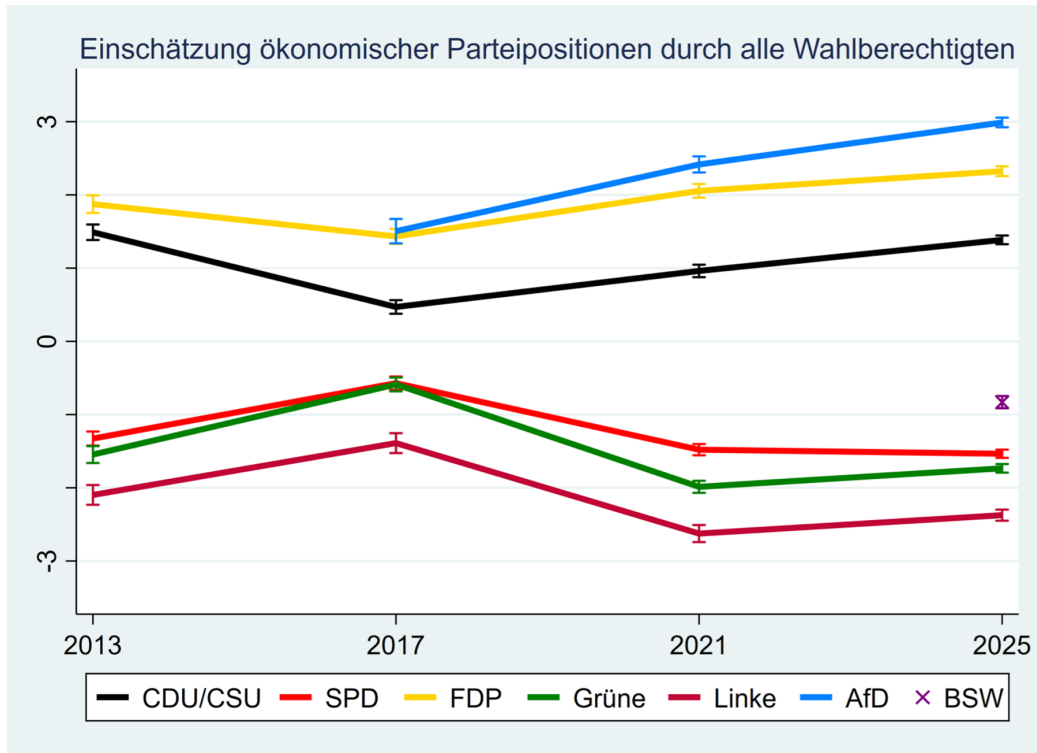


Abbildung 5: : Die Einschätzung ökonomischer Parteipositionen durch alle Wahlberechtigten; Datenbasis: GLES, Nachwahl-Querschnitte 2013, 2017, 2021 und 2025 (GLES, 2019a, 2019b, 2023, 2026); die y-Achse reicht von ausgeprägt „ökonomisch rechten“ Positionen oben (Maximalwert +5) zu ausgeprägt „ökonomisch linken“ Positionen unten (Minimalwert -5); die Fehlerbalken markieren das 95%-Konfidenzintervall

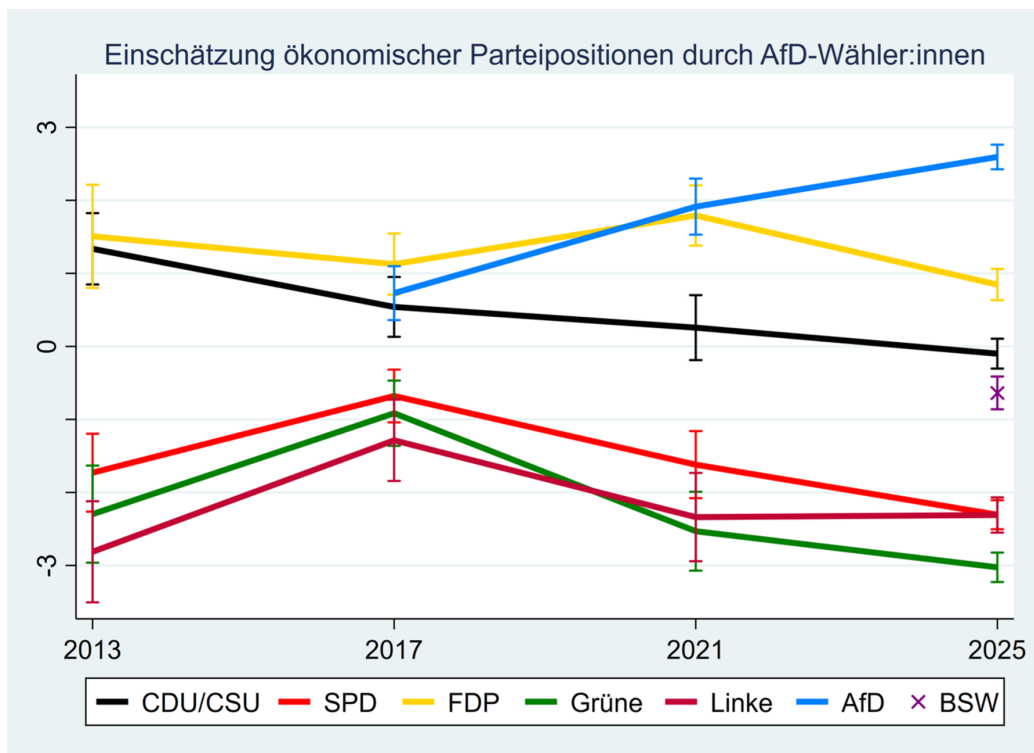


Abbildung 6: Die Einschätzung ökonomischer Parteipositionen durch AfD-Wähler:innen; Datenbasis: GLES-Nachwahl-Querschnitte 2013, 2017, 2021 und 2025 (GLES, 2019a, 2019b, 2023, 2026); die y-Achse reicht von ausgeprägt „ökonomisch rechten“ Positionen oben (Maximalwert +5) zu ausgeprägt „ökonomisch linken“ Positionen unten (Minimalwert -5); die Fehlerbalken markieren das 95%-Konfidenzintervall

Die Ergebnisse der auf die AfD-Wähler:innen beschränkten Auswertung (Abbildung 6) ähneln dem bekannten Muster, zeigen aber einige interessante Abweichungen. 2017 sehen AfD-Wähler:innen ihre eigene Partei noch zwischen Union und FDP angesiedelt (wobei die Signifikanz der Unterschiede grenzwertig ist). Im Folgenden schätzen sie die AfD als zunehmend markoliberal ein, die anderen Parteien wiederum als tendenziell immer weniger markoliberal. In jüngerer Zeit betrachten AfD-Wähler:innen ihre Partei als etwa so markoliberal wie die Gesamtheit aller Wahlberechtigten – und damit ungefähr so, wie bisherigen Auswertungen es nahelegen. Die anderen Parteien werden von den AfD-Wähler:innen dagegen zuletzt als deutlich weniger markoliberal eingeschätzt, als sie in den Augen aller Wahlberechtigten und in den anderen Auswertungsarten erscheinen. AfD-Wähler:innen halten die Union und die (von 2021 bis 2024 an der Ampelregierung beteiligte) FDP für eher zentristisch, den linken Parteien schreiben sie eine sehr deutlich ausgeprägte Neigung zu hohen Steuern, Abgaben und Sozialleistungen zu – und den Grünen die allergrößte. Das steht im Einklang mit dem aus der Forschung bekannten Befund, dass AfD-Wähler:innen selbst ausgeprägt markliberale Präferenzen aufweisen und sich niedrigere Steuern und Abgaben wünschen, auch wenn das mit verringerten Sozialleistungen einhergehen würde (Diermeier, 2020). Dieser Befund bietet Anlass, an der verbreiteten Auffassung zu zweifeln, (potenzielle) AfD-Wähler:innen ließen sich durch Informationen über die markliberale Ausrichtung der Partei von einer Wahlentscheidung für die AfD abbringen.

7. Schlussbetrachtung: Warum ist die AfD trotz ihres Marktliberalismus so erfolgreich unter Arbeiter:innen?

In der Gesamtschau der fünf Auswertungsarten erweist sich die AfD als eine Partei, die von ihrer Gründung 2013 bis heute eindeutig am markoliberal-unternehmensfreundlich-fiskalkonservativen Pol des wirtschafts- und sozialpolitischen Spektrums steht, der Mehrzahl der Auswertungsarten zufolge näher an der FDP als an der CDU/CSU. Das ist umso bemerkenswerter, als die AfD überproportional häufig von Arbeiter:innen bzw. von Menschen mit niedrigen Einkommen und niedriger formaler Bildung gewählt wird – von Wähler:innen also, denen eine solche markliberale Politik mehr schaden als nutzen würde. Dieses bekannte „AfD-Paradox“ (Fratzscher, 2023, 2026) wird durch die Befunde über die Einschätzungen der AfD-Wähler:innen sogar noch zugespitzt: Viele ihrer Wähler:innen *wissen* um diese Position ihrer Partei und *wollen* genau diese Politik (Diermeier, 2020; Kaphegyi, 2022). Eine naheliegende Erklärung hierfür liegt darin, dass diese Wähler:innen nicht (mehr) glauben, dass der Wohlfahrtsstaat denen nützt, die es ihrer Ansicht nach verdient hätten. Entsprechend wollen die AfD-Wähler:innen nicht, dass Steuern, Abgaben und Sozialleistungen steigen.

Die AfD kann als „Arbeiterpartei“ einer „demobilisierten Klassengesellschaft“ (Dörre, 2018) bezeichnet werden. Sie wird in überproportionalem Maße von Arbeiter:innen und Menschen mit niedrigen Einkommen und Bildungsabschlüssen gewählt, weist aber keine Anbindung an eine Arbeiter:innenbewegung auf, die die spezifischen ökonomischen Interessen von Arbeiter:innen als Arbeiter:innen artikuliert. Vielmehr dethematisiert die AfD ökonomische Interessenkonflikte zwischen oben und unten sowie zwischen Arbeitnehmer:innen und Unternehmen systematisch und mobilisiert Arbeiter:innen bzw. Menschen mit niedrigen Einkommen und niedriger formaler Bildung über andere Themen. Das geschah lange Zeit vor allem über das Thema Migration, zuletzt scheint die Ablehnung der Klima-, Energie- und Russlandpolitik ins Zentrum zu rücken. Es wäre falsch, diese Mobilisierung von Arbeiter:innen und Menschen mit niedrigen Einkommen und Bildungsabschlüssen als „nicht ökonomisch, sondern kulturell“ zu bezeichnen. Migration ist *auch* ein ökonomisches Thema (Manow, 2018, S. 13–14), die Klima-, Energie- und Russlandpolitik ist es erst recht. Allerdings lassen sich die Positionen der AfD auf diesen

Feldern nicht ohne Weiteres auf einer Achse von „ökonomisch linken“ redistributiv-interventionistisch-sozialprotektionistischen zu „ökonomisch rechten“ markoliberal-unternehmensfreundlich-fiskalkonservativen Positionen abbilden. Während die AfD auf dieser Achse deutlich am markoliberalen Pol verbleibt und eine Wirtschafts- und Sozialpolitik vertritt, die Arbeiter:innen und Menschen mit niedrigen Einkommen eher schaden, Menschen mit hohem Einkommen und großem Vermögen aber nutzen würde, verspricht sie Arbeiter:innen den Schutz ihrer (auch ökonomischen) Position vor den vermeintlichen und realen Bedrohungen durch Migration und Energiewende.

Wenn andere Parteien im Wettbewerb mit der AfD sozialpolitisch punkten wollen, müssen sie folglich mehr tun, als sich nur von deren Markoliberalismus abzugrenzen – dieser ist den Wähler:innen der Partei durchaus bewusst. Zusätzlich müssten sozialpolitisch ambitionierte Parteien darauf hinarbeiten, dass Wähler:innen den Staat im Allgemeinen und den Wohlfahrtsstaat im Besonderen wieder als etwas wahrnehmen, das zur Verbesserung der Lebensbedingungen beiträgt und von dem die Wähler:innen selbst profitieren. Diese Wahrnehmung ist nach Jahrzehnten neoliberaler Krisendiskurse über finanzielle Knappheit und faule Leistungsempfänger:innen deutlich geschwächt. Nur wenn sie wieder erstarkt, kann der Hinweis auf die markoliberal-unternehmensfreundliche Ausrichtung der AfD jemanden dazu bewegen, eine Wahlentscheidung für diese Partei zu überdenken.

8. Literatur

- AfD. (2013). Wahlprogramm der Alternative für Deutschland 2013. AfD.
- AfD. (2014a). Mut zu Deutschland. Für ein Europa der Vielfalt. Programm der Alternative für Deutschland (AfD) für die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014.
- AfD. (2014b). Politische Leitlinien der Alternative für Deutschland. AfD.
- AfD. (2016). Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland.
- AfD. (2017). Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017. AfD.
- AfD. (2019). Europawahlprogramm: Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 9. Europäischen Parlament 2019. AfD.
- AfD. (2020). Konzept zur Sozialpolitik des 11. Bundesparteitages der AfD in Kalkar 28.-29. November 2020.
- AfD. (2021). Deutschland. Aber normal: Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag. AfD.
- AfD. (2023). Europa neu denken! Europawahlprogramm 2024. AfD.
- AfD. (2025). Zeit für Deutschland. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag. AfD.
- Bach, S. (2025). Steuerreformvorschläge der Parteien: Ambitionierte Entlastungen für arbeitende Mitte und Unternehmen treiben Defizite. DIW aktuell, 106. https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.936232.de/diw_aktuell_106.pdf
- Barthel, M. (2024). Die AfD und das kollektive Arbeitsrecht. HSI-Working Paper Nr. 20. Hugo-Sinzheimer-Institut. https://www.hugo-sinzheimer-institut.de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-009002
- Becker, A., Eberhardt, S., & Kellershohn, H. (Hrsg.). (2019). Zwischen Neoliberalismus und völkischem ›Antikapitalismus‹: Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten. Unrast.
- Biskamp, F. (2026). Horizontal heterogeneity. Findings from comparative and case study analysis on the socioeconomic positioning of populist radical right parties in Western Europe. *European Politics and Society*, (online first). <https://doi.org/10.1080/23745118.2026.2706764>
- Biskamp, F. (2027). Der Mythos vom solidarischen Patriotismus. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD 2013-2025. Transcript.
- Blömer, M., Eser, E. J., Fischer, L., & Peichl, A. (2025). Reformvorschläge oder Steuergeschenke? Die Wahlprogramme 2025 auf dem Prüfstand. *ifo Schnelldienst Digital*, 6(2), 1–19.
- BMAS. (2023, Januar 13). Anspruchsdauer von Arbeitslosengeld. Bundesministerium für Arbeit und Soziales. <https://www.bmas.de/DE/Arbeit/Arbeitslosengeld/Anspruchsdauer/anspruchsdauer.html>
- Bundeszentrale für politische Bildung. (2013). Wahl-O-Mat. Bundestagswahl 2013. Vergleich der Positionen.
- Bundeszentrale für politische Bildung. (2017). Wahl-O-Mat. Bundestagswahl 2017. Vergleich der Positionen.
- Bundeszentrale für politische Bildung. (2021). Wahl-O-Mat. Bundestagswahl 2021. Vergleich der Positionen.
- Bundeszentrale für politische Bildung. (2025). Wahl-O-Mat. Bundestagswahl 2025. Vergleich der Positionen.
- Diermeier, M. (2020). The AfD's Winning Formula—No Need for Economic Strategy Blurring in Germany. *Intereconomics*, 55(1), 43–52. <https://doi.org/10.1007/s10272-020-0868-2>
- Diermeier, M., Bergmann, K., & Zink, B. (2025). Implikationen für den Wirtschaftsstandort. Institut der deutschen Wirtschaft. <https://www.iwkoeln.de/studien/matthias-diermeier-knut-bergmann-benita-zink-implikationen-fuer-den-wirtschaftsstandort.html>
- Dietl, S. (2018). Die AfD und die soziale Frage: Zwischen Marktradikalismus und „völkischem Antikapitalismus“. Unrast.
- Dörre, K. (2018). Die Bundesrepublik: Eine demobilisierte Klassengesellschaft. *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, 116, 40–50.
- Flecker, J., Hentges, G., Grajczár, I., Altreiter, C., & Schindler, S. (2019). Extreme und populistische Rechtsparteien und die soziale Frage. Entwicklungen in Frankreich, Österreich, Ungarn und den Niederlanden. *WSI Mitteilungen*, 72(3), 212–219.
- Fratzscher, M. (2023). Das AfD-Paradox: Die Hauptleidtragenden der AfD-Politik wären ihre eigenen Wähler*innen. *DIW aktuell*, 88, 1–10.
- Fratzscher, M. (2026). Sachsen-Anhalt zeigt das AfD-Paradox: Strukturschwache AfD-Hochburgen würden unter ihrer Politik am stärksten leiden. *DIW aktuell*. https://www.diw.de/de/diw_01.c.1014790.de/publikationen/diw_aktuell/2026_0121/sachsen-anhalt_zeigt_das_afd-paradox__strukturschwache_afd-hochburgen_wuerden_unter_ihrer_politik_am_staerksten_leiden.html
- GLÉS. (2019a). Post-election Cross Section/Nachwahl-Querschnitt (GLÉS 2013) (Version 3.0.1) [Datensatz]. GESIS Data Archive. <https://doi.org/10.4232/1.13232>
- GLÉS. (2019b). Post-election Cross Section/Nachwahl-Querschnitt (GLÉS 2017) (Version 4.0.1) [Datensatz]. GESIS Data Archive. <https://doi.org/10.4232/1.13235>

- GLES. (2023). GLES Cross-Section 2021, Post-Election/GLES Querschnitt 2021, Nachwahl (Version 2.1.0) [Datensatz]. GESIS. <https://doi.org/10.4232/1.14169>
- GLES. (2026). ZA10100 GLES Cross-Section 2025, Post-Election/ZA10100 GLES Querschnitt 2025, Nachwahl (Version 3.0.0) [Datensatz]. GESIS Data Archive. <https://doi.org/10.4232/5.ZA10100.3.0.0>
- Kaphegyi, T. (2022). „Wer Müßiggang belohnt und Fleiß bestraft, wird am Ende mehr Müßiggang als Leistung ernten.“ Zur „Kulturkritik als Perspektive“ der wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen in der AfD. In G. Sorce, P. Rhein, D. Lehnert, & T. Kaphegyi (Hrsg.), Exkludierende Solidarität der Rechten (S. 61–84). Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-36891-3_4
- Lau, M. (2023, Juli 5). Echte Männer sind rechts. Die Zeit. <https://www.zeit.de/2023/29/afd-umfragehoch-politische-rechte-maximilian-krah-alexander-gauland>
- Lehmann, P., Franzmann, S., Al-Gaddooa, D., Burst, T., Ivanusch, C., Regel, S., Riethmüller, F., Volkens, A., Weißels, B., & Zehnter, L. (2025). Manifesto Project Dataset (Version 2025a) [Datensatz]. Manifesto Project. <https://doi.org/10.25522/MANIFESTO.MPDS.2025A>
- Manow, P. (2018). Politische Ökonomie des Populismus. Suhrkamp.
- Manow, P. (2026). Spaltungslinien: Europas Parteiensysteme und die Dekonsolidierung des Nationalstaats. C.H.Beck. <https://doi.org/10.17104/9783406846236>
- Rovny, J., Polk, J., Bakker, R., Hooghe, L., Jolly, S., Marks, G., Steenbergen, M., & Vachudova, M. A. (2025). The 2024 Chapel Hill Expert Survey on political party positioning in Europe: Twenty-five years of party positional data. Electoral Studies, 97, 102981. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2025.102981>
- Stichnoth, H., & Hebsaker, M. (2025). Reformvorschläge der Parteien zur Bundestagswahl 2025: Finanzielle Auswirkungen. Mit Informationen zu fiskalischen Wirkungen vom 20. Januar 2025 [Research Report]. ZEW Gutachten. <https://www.econstor.eu/handle/10419/312609>
- Zitlmann, R. (2023, August 3). Die AfD – früher wirtschaftsliberal, heute antikapitalistisch. Die Welt. <https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus246694108/Die-AfD-frueher-wirtschaftsliberal-heute-antikapitalistisch.html>

Impressum

Universität Tübingen, Institut für Rechtsextremismusforschung (IRex)

PD Dr. Rolf Frankenberger rolf.frankenberger@uni-tuebingen.de |

Geschwister-Scholl-Platz • 72074 Tübingen • www.uni-tuebingen.de/irex

Universität Tübingen, Institut für Politikwissenschaft

Dr. Floris Biskamp floris.biskamp@uni-tuebingen.de |

Melanchthonstraße 36 • 72074 Tübingen • www.uni-tuebingen.de/pol